

# **Antworten der CDU Hessen auf die Wahlprüfsteine des Dachverbands der Migrantinnenorganisationen DaMigra e.V.**

## **Allgemeine Fragen**

### **Arbeitsmarkt**

#### **Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für migrierte und geflüchtete Frauen und deren Nachkommen**

##### **1. Welche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktpartizipation von geflüchteten und migrierten Frauen plant Ihre Partei?**

Hessen ist ein wirtschaftsstarkes Land mit niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Durchschnittslöhnen. Das ist auch Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik. Wir sorgen dafür, den Wirtschaftsstandort Hessen zu sichern und fortzuentwickeln. Davon profitieren vor allem die Beschäftigten.

Ein zentraler Baustein für die Sicherung unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes ist die Verfügbarkeit von Fach- und Arbeitskräften. Wir zünden deshalb einen neuen Turbo für mehr Beschäftigung, der Menschen in Arbeit bringt, qualifizierte Fachkräfte nach Hessen lockt und mit praxisnaher, moderner Weiterbildung neue Chancen für die Zukunft eröffnet. Unser Ziel sind Perspektiven für eine stabile Beschäftigung mit guten Löhnen für jede und jeden in Hessen.

Frauen haben wir dabei besonders im Blick. Denn ein großes, noch nicht ausreichend genutztes Fach- und Arbeitskräftepotenzial stellen nach wie vor Frauen dar, die bisher noch nicht oder nicht voll am Arbeitsmarkt partizipieren.

Um die Erwerbs- und Vollzeitquote insbesondere von Frauen zu erhöhen, müssen gute Betreuungsangebote bereitgestellt und Arbeitszeiten flexibler gehandhabt werden. Wir müssen gewährleisten, dass Eltern Zeit für die Familie und die Betreuung der Kinder haben und gleichzeitig den Anforderungen der beruflichen Karriere gerecht werden können. Deshalb wollen wir u.a. mehr digitales, orts- und zeitunabhängiges Arbeiten ermöglichen. Wir werden die rechtlichen Rahmenbedingungen prüfen, um flexible Arbeitszeitmodelle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ermöglichen zu können.

Zudem wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen sowie Netzwerke und Kampagnen aufbauen, die den Wiedereinstieg von Frauen in die Berufswelt nach Erziehungs- oder Pflegezeiten fördern. Daher werden wir u.a. unsere Koordinierungsstelle „Frauen & Wirtschaft“ weiter ausbauen.

Es ist unser Ziel, mit diesen Maßnahmen auch die Teilhabe von Migrantinnen und geflüchteten Frauen am Arbeitsmarkt zu fördern. Neben den allgemeinen Maßnahmen hat die CDU-geführte Landesregierung aber auch speziell auf Migrantinnen zugeschnittene Förderangebote eingeführt.

So werden wir beispielsweise die bewährten Programme „Wirtschaft integriert“, „Pflege integriert“ und „Sozialwirtschaft integriert“ fortsetzen. In den Programmen wird die Kombination von Unterricht an den Schulen und Praxisphasen in Betrieben ergänzt durch Sprachunterricht, Lern- und Integrationshilfen sowie sozialpädagogische Begleitung. Teilweise gibt es sogar die Möglichkeit den Hauptschulabschluss parallel zur Ausbildung nachzuholen.

Darüber hinaus gibt es in Hessen das Programm „MIGRANTINNEN gründen – Perspektive Selbständigkeit“. Dabei handelt es sich um ein innovatives Projekt zur nachhaltigen Verbesserung der Integrationschancen und Nutzung des Wirtschaftspotenzials von Frauen mit Migrationsgeschichte durch berufliche Selbständigkeit.

Ein wichtiger Akteur ist hier auch beramí (berufliche Integration e. V.). Der Verein engagiert sich in der beruflichen Beratung, Qualifizierung und dem Empowerment von Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung, wobei ein starker Fokus auf Frauen gelegt wird. Ziele sind unter anderem die Förderung der Chancengerechtigkeit, die qualifikationsadäquate Integration in den Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Partizipation.

Mit diesen Maßnahmen und Angeboten wollen wir die großen Potenziale, die gerade Migrantinnen und geflüchtete Frauen in unsere Wirtschaft und damit in unser aller Wohlstand einbringen können, noch stärker nutzbar machen.

## **2. Inwiefern planen Sie diese in Bezug auf Deutschkurse, Kinderbetreuung Qualifizierung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen.**

Sprache ist der Schlüssel für gelingende Integration. Wir wollen, dass jeder Mensch, der dauerhaft hier leben möchte, unsere Sprache lernt. Sie ist Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe – nicht nur am Arbeitsmarkt, sondern in allen Aspekten unseres Zusammenlebens.

Hessen ist unter der Führung der CDU zum Vorreiter für Integrationsangebote geworden. Wir werden als Pionierland der konkreten Integrationsmaßnahmen in allen Bereichen unsere vielfältigen Förderprogramme, Strukturen und Angebote weiterentwickeln und ausbauen. Das WIR-Programm bündelt unsere Maßnahmen, wie Förderlotsen und viele mehr und soll weitergeführt und klar auf das Ziel gelingender Integration in unsere Gesellschaft ausgerichtet werden.

Zu einer umfassenden Sprachförderung gehören insbesondere die Sprachförderung in Kitas, die Fortführung unserer Intensivklassen und der Ausbau unseres „InteA“ Programms (Integration durch Anschluss und Abschluss).

Mit dem Landesprogramm „MitSprache – Deutsch4U“ wurden beispielsweise niedrigschwellige Deutschkurse für Flüchtlinge, Asylbewerber und Geduldete auf den Weg gebracht. Das erfolgreiche Programm wurde 2022 und 2023 schrittweise um jeweils 1 Mio. Euro aufgestockt. Insgesamt stehen für die beiden Jahre des Doppelhaushalts 7 Mio. Euro für „Deutsch4U“ zur Verfügung.

Darüber hinaus stellt Hessen eine weitere Million Euro bereit, um den Wegfall der vom Bund geförderten Erstorientierungskurse abzufedern.

Diese Bemühungen werden wir fortsetzen.

## **Gender and Migration Pay Gap**

### **1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Gender and Migration Pay Gap durch spezifische Maßnahmen für Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte zu schließen?**

Die Gleichberechtigung von Frauen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen – unabhängig von einem etwaigen Migrationshintergrund – ist für uns Ziel und Selbstverständlichkeit. Dennoch ist Gleichstellung in vielen Bereichen immer noch nicht Realität. Bestehende Ungerechtigkeiten werden wir aktiv angehen und abbauen.

Neben der generellen verbesserten Teilhabe am Arbeitsmarkt ist es uns daher ein wichtiges Anliegen, auch auf die Entgeltgleichheit hinzuwirken. Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden. Ein wichtiges Instrument für uns ist hierzu der Hessische Lohnatlas. Er ist 2017 erstmals erschienen und sorgt seitdem einerseits für Transparenz und gibt andererseits wichtige Anreize für gezieltes Handeln. Diese Strategie hat Erfolg: Laut aktuellem Lohnatlas beträgt die Lohnlücke in Hessen „nur“ noch 9 Prozent und hat sich damit seit 2012 fast halbiert. In keinem anderen deutschen Land gibt es bislang ein

vergleichbares Datenwerk, das wir weiter nutzen werden auf dem Weg zur Entgeltgleichheit.

Trotz vieler Fortschritte im Bereich der Gleichstellung in den letzten Jahren gibt es nach wie vor deutliche Unterschiede bei Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Frauen und Männern. Verantwortungsvolle Politik muss dort nachsteuern, wo noch Benachteiligungen für Frauen bestehen und ihnen in den verschiedenen Lebensbereichen den Rücken stärken.

Wir brauchen bessere Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf, bessere Karrierechancen, bessere Bezahlung und mehr Gestaltungsmöglichkeiten für Frauen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Wir brauchen mehr weibliche Vorbilder und mehr Frauen in Führungspositionen.

Eine besondere Herausforderung sind die weiterhin existierenden Unterschiede im Laufe des Berufslebens, und insbesondere bei der Besetzung von Führungspositionen und damit auch bei der Bezahlung. Wir setzen uns dafür ein, die Lohnlücke zu schließen und werben dafür, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Der öffentliche Dienst und die öffentliche Verwaltung haben hierfür eine Vorbildfunktion inne.

Auf Grundlage des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes wurden hierbei bereits wichtige Fortschritte erzielt. Diesen Prozess wollen wir bis zur vollständigen Gleichstellung fortführen.

**2. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Altersarmut, von welcher Frauen, insbesondere geflüchtete und migrierte Frauen betroffen sind, entgegenwirken?**

Der beste Schutz vor Altersarmut ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Unser wirtschaftsstarkes Land bietet gute Grundlagen und Möglichkeiten. Wir als CDU Hessen wollen die Rahmenbedingungen so ausgestalten, dass

Chancen ergriffen werden können. Hierzu verweisen wir auf die Antwort zum Aspekt „Arbeitsmarktzugang“.

Klar ist, dass sich jeder, der sein Leben lang gearbeitet hat, auf eine verlässliche und sichere Rente bzw. Pensionszahlung verlassen können muss. Künftige Modernisierungen der Alterssicherung müssen auch das aktuelle Wirtschaftsgeschehen, zum Beispiel die Inflation, abbilden.

Wir wollen ein Rentenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert und Leistung sowie Lasten unter den Generationen fair verteilt. Um das Vertrauen der aktiven Generation von heute in das System der gesetzlichen Rentenversicherung von morgen zu stärken, brauchen wir eine klare Perspektive, die langfristig trägt. Dabei ist es uns wichtig das Vorsorgeniveau im Auge zu behalten und die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler vor Überforderung zu schützen. In diesem Zusammenhang sollten wir den Generationenvertrag weiterdenken. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, welches die Rente auf eine sichere Grundlage stellt. Aus unserer Sicht müssen dabei die drei Säulen der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorge zusammengedacht werden. In einem ersten Schritt ist es erforderlich, eine neue Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge zu etablieren.

Wir dürfen dabei die wichtige Arbeit und Verantwortungsübernahme vieler Frauen innerhalb der Familie nicht vernachlässigen. Kinderreichtum darf kein Armutsrisiko sein. Um gerade im Alter eine verlässliche und gute finanzielle Absicherung zu gewährleisten, müssen Erziehungszeiten bei der Rente angemessen angerechnet werden.

Hier wurden noch unter der CDU-geführten Bundesregierung bis 2021 entscheidende Fortschritte erzielt. Dazu haben wir mit der Mütterrente, der Lebensleistungsrente und anderen Maßnahmen bereits viele Beiträge geleistet, um eine armutssichere Altersversorgung zu gewährleisten. Die Anrechnung von Erziehungszeiten – insbesondere von Müttern – wurde

dabei durch stetigen Druck der Union schrittweise verbessert. Diesen Prozess wollen wir bis zur vollständigen Gleichstellung aller erziehenden Personen und einer umfassenden Anerkennung von Erziehungsleistungen vollenden. Als Baustein im Kampf gegen Altersarmut von insbesondere Frauen setzen wir uns beim Bund dafür ein, dass die häusliche Pflege und die Erziehung von Kindern stärker bei der Rente berücksichtigt wird.

Leider gehen die aktuellen Vorschläge der Ampelregierung im Bund in genau die entgegengesetzte Richtung. Deswegen werden wir uns diesen Plänen mit Nachdruck entgegenstellen.

## **Bildung**

### **1. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Thema Interkulturelle Vielfalt durch Aktualisierung der Schulbücher, Lehrmittel und der Einbeziehung anderer Unterrichtssprachen in die Lehrpläne einzuführen?**

Für uns als CDU Hessen steht das Erlernen der deutschen Sprache im Mittelpunkt. Deutsch ist der Schlüssel zu schulischem Erfolg, für gelingende Integration und für gesellschaftlicher Teilhabe. Die Deutschförderung nimmt daher eine zentrale Rolle ein und wird im gesamten Bildungsweg – vor allem in den Kitas und der Grundschule – besonders ausgeweitet. So hat die CDU-geführte Landesregierung unter anderem eine zusätzliche Deutschstunde in den Klassen 3 und 4 eingeführt, flächendeckende Sprachscreenings etabliert und durch viele weitere Maßnahmen mehr dazu beigetragen, dass Kinder in Kita und Schule ein umfassendes Angebot erhalten, unsere Sprache zu erlernen. Die Stärkung bildungssprachlicher Kompetenzen eine zentrale Rolle ein und sorgt für mehr Chancengleichheit. Deswegen werden wir unsere Bemühungen noch weiter ausbauen und eine zusätzliche Deutschstunde auch in den Jahrgangsstufen 1 und 2 einführen. Leider hat die

Ampel in Berlin als eine ihrer ersten Maßnahmen das Programm „Sprachkitas“ abgeschafft, doch wir in Hessen finanzieren dies nun weiter.

Natürlich bieten wir aber auch herkunftssprachlichen Unterricht an. Es ist zu begrüßen, wenn junge Menschen die Sprache ihrer Herkunftsländer gut beherrschen. Unterricht in der Herkunftssprache in Verantwortung des Landes wurde durch eine Richtlinie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 1977 begründet. Viele Familien, für die die EWG-Richtlinie geschaffen wurde, sind jedoch in Deutschland geblieben. Die Hessische Landesregierung entschied sich daher im Jahr 1999, die Deutschförderung zu intensivieren und die Angebote im Unterricht in der Herkunftssprache sukzessive von der Verantwortung des Landes Hessen bei entsprechendem Bedarf in die Verantwortung der jeweiligen Herkunftsländer zu überführen. Unbenommen davon gibt es auch Vereine, die Angebote in Herkunftssprachen im Rahmen eines freiwilligen Angebots oder im Ganztage ermöglichen.

Wir planen darüber hinaus Maßnahmen, um die tatsächliche Wählbarkeit anderer Sprachen zu erhöhen. Mit Blick auf Europa als Kultur- und Wirtschaftsraum und die zunehmende Globalisierung gewinnt das schulische Fremdsprachenlernen mit dem Ziel individueller Mehrsprachigkeit weiter an Bedeutung. Die Internationalisierung privater und beruflicher Beziehungen erhöht den Bedarf, in verschiedenen Fremdsprachen kommunizieren zu können, und erfordert interkulturelle Kompetenzen, die auch über den Fremdsprachenunterricht gefördert werden können. Das bereits gegenwärtig vielfältige Unterrichtsangebot an zweiten und dritten Fremdsprachen in Hessen trägt zu einer bewussten Lebensgestaltung und zur gesellschaftlichen Teilhabe junger Erwachsener sowie deren Handlungsfähigkeit in internationalen Zusammenhängen bei. Das schulische Fremdsprachenangebot wird darüber hinaus – orientiert an den weltweit meistgesprochenen Sprachen – schrittweise ausgebaut und um beispielsweise die Fremdsprachen Portugiesisch und Arabisch erweitert.



In unseren Schulen wird interkulturelle Vielfalt gelebt – jeden Tag. Eine spezifisch darauf ausgerichtete Erneuerung der Lehrmaterialien halten wir nicht für erforderlich.

**2. Was unternimmt Ihre Partei, um Fördergelder im Bereich Digitalisierung für benachteiligte Kinder auf unbürokratischem und effizientem Wege bereitzustellen (beispielsweise für die Verteilung und Installation von technischem Equipment zu Hause wie Laptops, WLAN etc.)?**

Wir wollen sicherstellen, dass jedes Kind bestmögliche Lernumgebungen und –bedingungen vorfindet. Dazu gehören im Zeitalter der Digitalisierung auch verstärkt digitale Endgeräte. Auch wenn diese Lehrmittel in die Verantwortung der kommunalen Schulträger fallen, wollen wir als CDU Hessen sicherstellen, dass kein Kind aus finanziellen Gründen von diesen Chancen ausgeschlossen wird. Bereits in dieser Legislatur haben wir im Rahmen der „Strategie Digitale Schule“ Hessen 94.700 Tablets und Notebooks für bedürftige Schülerinnen und Schüler angeschafft. Diese Strategie werden wir weiter umsetzen und pädagogische Innovation mit digitalen Vorhaben vorantreiben, indem wir z. B. unser Schulportal Hessen weiterentwickeln.

Alle Kinder ab Klasse 7 sollen künftig die Möglichkeit erhalten, im schulischen Kontext mit einem digitalen Endgerät zu lernen. Dies werden wir in Unterstützung der Schulträger und in Zusammenarbeit mit dem Bund sicherstellen und zu einheitlichen Standards kommen.

Wir schaffen an jeder Schule virtuelle Schulräume, um Kindern und Jugendlichen beste Perspektiven für das Zeitalter der Digitalisierung zu ermöglichen. Der Virtual-Reality-Raum wird das neue Computer-Zimmer jeder Schule.

Als ergänzendes Angebot – insbesondere für Kinder, die z.B. aus gesundheitlichen Gründen langfristig nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können – und zur qualitativ hochwertigen Bereitstellung der notwendigen technischen Grundlagen, werden wir eine komplett digitale Pilotschule aufbauen.

Auch in Zukunft machen wir uns stark für die Förderung von Medienkompetenz.

Wir setzen uns dafür ein, einen Digitalpakt 2.0 aufzusetzen, der zu den digitalen Bedarfen unserer hessischen Schulen passt. Leider wird die Ampelregierung im Bund auch in diesem Punkt ihren Ansprüchen nicht gerecht. Obwohl der Digitalpakt 2.0 im Koalitionsvertrag der Ampel steht, können sich die drei beteiligten Parteien mal wieder nicht einigen. Wir müssen befürchten, dass der Digitalpakt 2.0 – eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft der Bildung – nicht kommt.

## **Gewalt gegen Frauen**

### **Verbesserung und Ausbau der Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene migrierte Frauen**

#### **1. Welche Maßnahmen plant ihre Partei, um Zugänge zu Frauenhäusern und Beratungsstellen für migrierte und geflüchtete Frauen zu erleichtern? Was ist Ihre Position zur Wohnsitzauflage?**

Weltweit und leider auch in Hessen sind Frauen und Mädchen nach wie vor von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Häusliche Gewalt und sexueller Missbrauch gehören leider immer noch zu häufig zum Alltag.

Wir als CDU Hessen sprechen uns klar gegen jede Form von Gewalt, insbesondere an Frauen und Kindern, aus. Die Istanbul-Konvention ist für uns daher die wichtigste Richtschnur für unser politisches Handeln zur

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Der Schutz von Frauen vor Gewalt – insbesondere vor häuslicher Gewalt – hat für uns höchste Relevanz. Repressive und präventive Maßnahmen spielen dabei ebenso eine wichtige Rolle wie Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie Angebote des Opferschutzes.

Wir als CDU Hessen stehen für eine schnelle und konsequente Strafverfolgung der Täter. Je effektiver Täter, die Gewalt gegen Frauen anwenden, ermittelt und konsequent bestraft werden, desto effektiver gelingt der Schutz der Frauen. Wir haben daher die personellen, sachlichen und rechtlichen Ressourcen in den Bereichen der Polizei und der Justiz zu einem politischen Schwerpunktthema gemacht und dank einer guten Ausstattung u.a. für die höchste Aufklärungsquote aller Zeiten gesorgt.

Um Frauen, die Opfer von Gewalt werden, wirksam zu helfen, haben wir das Marburger Modell zur Bekämpfung häuslicher Gewalt auf alle Landgerichtsbezirke ausgedehnt. Die intensive Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten hat sich gerade hier bewährt.

Darüber hinaus wollen wir in der neuen Legislaturperiode ein Frauensicherheitspaket schnüren. Die Gewalt gegen Frauen im privaten Bereich hat ein hohes Ausmaß erreicht. Gleichzeitig kommt es trotz gerichtlicher Kontakt- und Näherungsverbote immer wieder zu schweren Gewalttaten. Wir wollen daher Frauenschläger künftig mit elektronischen Fußfesseln überwachen, um diese Straftaten zu verhindern. Wichtige Bausteine sind zudem mehr Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, mehr Sauberkeit und Beleuchtung auf Straßen und Plätzen, die Einrichtung von Waffenverbotszonen und noch mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum.

Neben repressiven Maßnahmen gegen die Täter spielen präventive und die Opfer schützende Angebote eine zentrale Rolle. Die Entwicklung des Landesaktionsplans gegen häusliche Gewalt und auch der

Landesaktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt waren wichtige Schritte in Hessen im Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, den wir als CDU Hessen vorangetrieben haben. Wir haben zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um ein umfassendes Gewaltschutznetzwerk aufzubauen. Wir werden weiter daran arbeiten, dieses Netz auszubauen und enger zu vernetzen. Einen wichtigen Schritt dazu haben wir 2022 mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle Istanbul-Konvention getan.

In Hessen stand auch noch nie so viel Geld für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zur Verfügung wie heute. So hat das Land Hessen die Finanzierung der Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt, die im Rahmen der Kommunalisierung der sozialen Hilfen Landesmittel erhalten, deutlich erhöht. Standen 2019 noch Mittel in Höhe von 5,8 Millionen Euro zur Verfügung, sind es im Haushalt 2023/2024 nun knapp 9,7 Millionen Euro (2024: 10,4 Millionen Euro).

Darüber hinaus werden die Einrichtungen des Frauenunterstützungssystems seit diesem Jahr im Rahmen eines Förderprogramms bei den Kosten für professionelle kultursensible Sprachmittlung und den Einsatz von Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern unterstützt.

Auf diesen Unterstützungsangeboten wollen wir aufbauen und das Hessische Sozialbudget zu einem Zukunftsfonds „Hessen steht zusammen“ weiterentwickeln, die Leistungen noch stärker bündeln und die verfügbaren Mittel auf 150 Millionen Euro aufstocken. Damit schaffen wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit für diejenigen Initiativen, die anderen Hilfe bieten. Durch die gesicherte Verankerung des Sozialbudgets im Haushalt kommt die Finanzierung der daraus geförderten Projekte quasi einer institutionellen Förderung durch das Land gleich.

Aufbauend auf der Expertise der Stabsstelle Frauenpolitik wird diese gemeinsam mit den beteiligten staatlichen Stellen auf kommunaler,

Landes- und Bundesebene sowie den nichtstaatlichen Institutionen die bestehenden Maßnahmen analysieren und weiterentwickeln.

Wir können verstehen, dass eine Wohnsitzauflage zunächst als Hindernis gesehen wird, weil damit formal eine Ordnungswidrigkeit verbunden sein kann. Diese Gefahr ist aber insofern nicht gegeben, als dass eine Verletzung der Wohnsitzauflage, die auf Grund der Flucht vor einem Täter zum Beispiel in ein Frauenhaus stattfand, gerechtfertigt und nach Anmeldung bei der Zuzugsbehörde keine Ordnungswidrigkeit ist. Sie hat damit auch keinen negativen Einfluss auf das Asylverfahren.

**2. Welche Verbesserungen planen Sie für die Ausstattung von Frauenhäusern? Planen Sie z.B. eine bedarfsgerechte Aufstockung von Betten für alle Frauen in den Frauenhäusern, auch für Frauen, die mehrere Kinder mitbringen? Wie wollen Sie das umsetzen?**

Wie bereits in Frage 1 aufgeführt hat der Schutz von Frauen vor Gewalt – insbesondere vor häuslicher Gewalt – für uns höchsten Stellenwert. Die Angebote von Frauennotrufen, Beratungs- und Interventionsstellen und ein flächendeckend erreichbares Angebot von Frauenhäusern für akute Krisenfälle werden wir erhalten und, wo erforderlich, gemeinsam mit den Kommunen ausbauen.

Finanziert wird dies durch das Hessische Sozialbudget, welches wir zu einem Zukunftsfonds „Hessen steht zusammen“ weiterentwickeln, die Leistungen noch stärker bündeln und die verfügbaren Mittel auf 150 Millionen Euro aufstocken werden. Damit schaffen wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit für diejenigen Initiativen, die anderen Hilfe bieten.

### **3. Welchen Maßnahmenplan für den Ausbau der Beratungsstellen in ländlichen Regionen erarbeitet Ihre Partei? ´**

Auf die Antworten auf Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

#### **Gesundheit**

#### **Ganzheitliche Gesundheitsversorgung für migrierte Frauen und Frauen mit Fluchtgeschichte**

##### **1. Wie planen Sie den Zugang zum Gesundheitssystem für migrierte Frauen tatsächlich zu gewährleisten?**

Wir als CDU Hessen betrachten eine verlässliche Gesundheitsversorgung mit flächendeckenden Angeboten als wesentlichen Teil von sozialer Sicherheit. Menschen jeden Alters und jeder Herkunft sollen unabhängig vom Einkommen eine optimale Gesundheitsversorgung erhalten. Niemand darf von qualifizierter Beratung und umfassender medizinischer Versorgung abgeschnitten werden.

Es ist zutreffend, dass der Zugang zu Versorgungsangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor mit Herausforderungen verbunden ist, auch wenn ihnen formal ein Zugangsrecht zusteht. Grund sind häufig selbst nach langem Aufenthalt in Deutschland eingeschränkte Sprachkenntnisse, die die Kommunikation bei Gesundheitsdienstleistungen und präventiven Maßnahmen erschweren, was zu einem Informationsmangel und damit verbundenen, vermeidbaren Gesundheitsrisiken führen kann. Gerade deswegen ist die Vermittlung der deutschen Sprache so wichtig und ein Kernpunkt unserer Integrationspolitik. Es wird auf die Beantwortung der Frage 1 unter „Bildung“ verwiesen.

Kulturell bedingte Herausforderungen können ebenfalls auftreten, was zu Missverständnissen zwischen dem medizinischen Personal und den

Patienten führen kann und die Gesundheitsversorgung kompliziert. All diese Hindernisse verdeutlichen die Notwendigkeit, die Anstrengungen zur Förderung einer interkulturellen Öffnung und Diversifizierung des Gesundheitssystems fortzusetzen. In den letzten Jahren wurde bereits Fortschritt bei der Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund im Gesundheitssektor erzielt. Wir verfolgen auch weiter das Ziel, einen diskriminierungsfreien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle Menschen gleichermaßen sicherzustellen.

## **2. Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Vorsorge, Hebammen und Beratungsangeboten für geflüchtete Frauen in Gemeinschaftsunterkünften sicherzustellen?**

Grundsätzlich steht allen Frauen gleichermaßen unser gutes Gesundheitssystem offen. Eine qualitativ hochwertige und sichere Versorgung rund um die Geburt schafft die besten Voraussetzungen für einen gesunden Start ins Leben für das Kind und die Mutter. In den Geburtsstationen wird durch die Arbeit der Hebammen eine wichtige Grundlage für eine gelingende Geburt gelegt. Alle Maßnahmen, die zu diesem Ziel beitragen und werdende Eltern und jungen Familien die beste Unterstützung eröffnen, erfahren unsere Unterstützung.

Daher stehen wir dafür ein, dass es ein flächendeckendes Angebot für Geburtshilfe sowie Angebote der Vor- und Nachsorge braucht, um werdende Eltern bestmöglich zu unterstützen. Wir setzen uns für eine auskömmliche Hebammenversorgung im Land ein, die insbesondere Vor- und Nachsorge für die werdenden Familien sicherstellt.

Um dies zu gewährleisten, wollen wir bessere Rahmenbedingungen für eine gute Betreuung in Schwangerschaft und bei der Geburt schaffen. Hierbei ist klar, dass die Geburtshilfe strukturell und finanziell besser ausgestattet werden muss. In diesem Zusammenhang werden wir uns im Lichte der

aktuellen Debatte rund um die große Krankenhausreform des Bundes für eine verlässliche Finanzierung einsetzen.

Ein besonderes über die allgemeinen Zugänge hinausgehendes Angebot für geflüchtete Frauen wird in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes vorgehalten. In jeder hessischen Erstaufnahmeeinrichtung steht eine medizinische Ambulanz zur Verfügung, die die Gesundheitsversorgung sicherstellt. Hier werden regelmäßige ärztliche Sprechstunden angeboten, um eine ambulante medizinische Versorgung zu gewährleisten. Zusätzlich gibt es einen Sanitätsdienst, der rund um die Uhr präsent ist, um die Gesundheitsversorgung zu ergänzen und sicherzustellen. Wenn notwendig, stehen auch Sprachmittlerinnen bzw. Sprachmittler zur Unterstützung zur Verfügung. Zudem besteht eine enge Zusammenarbeit mit den regionalen Gesundheitsstrukturen, um im Bedarfsfall eine rasche Weiterleitung an Fachärzte und Kliniken zu ermöglichen.

Sollte eine Schwangerschaft festgestellt werden, wird der Schwangeren eine umfassende Untersuchung durch eine Frauenärztin oder einen Frauenarzt angeboten. Die "Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses über die ärztliche Betreuung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung" (Mutterschaftsrichtlinien) legen auch für Asylsuchende den Umfang der weiteren medizinischen Betreuung fest.

### **3. Wie werden Sie einen einheitlichen Zugang zum Gesundheitssystem für geflüchtete Menschen ohne gültige Papiere z. B. durch die Einführung eines anonymen Krankenscheins sicherstellen?**

Jeder Mensch, der bei uns lebt, hat Zugang zu den notwendigen Gesundheitsleistungen. Registrierte Flüchtlinge und Asylsuchende haben über ihre offizielle Registrierung in Deutschland auch Zugang zum



Gesundheitssystem. Die Ausgestaltung obliegt dem Bundesgesetzgeber und ist nicht landespolitisch zu entscheiden.

Wenn sich jedoch Menschen, die sich in Deutschland aufhalten, widerrechtlich nicht offiziell registrieren lassen, können sie auch jedoch auch keinen Zugang zu unseren Versorgungssystemen erwarten.

### **Weiterbildung des medizinischen Personals Politische Teilhabe für migrierte Frauen und deren Nachkommen**

- 1. Inwiefern planen Sie ein Diversitäts-Modul in den verschiedenen Gesundheitsausbildungen und Studiengängen vor?**
- 2. Inwiefern planen Sie Schulungskonzepte für bereits praktizierendes Personal im Gesundheitswesen zu oben genannten Themen?**

Fragen 1 und 2 werden auf Grund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Angesichts des Ziels, jedem Menschen unabhängig von Herkunft, Alter oder Einkommen einen Zugang zu unserem Gesundheitssystem zu ermöglichen, kommt der Aufgabe der Diversifizierung und der interkulturellen Öffnung in den Ausbildungen in den Pflegeberufen im Land Hessen eine wichtige Rolle zu. Daher wurde bereits jetzt die folgenden Themen impliziert:

- Interkulturelle Kompetenzen
- Einfache Sprache
- Kultursensible Pflege
- Herkunftsbedingte Themen (z. B. weibliche Genitalverstümmelung)
- Diskriminierung im Gesundheitsbereich

Darüber hinaus gibt es an der Justus-Liebig-Universität Gießen Wahlfach „Medizin und Migration“ für Medizinstudierende, welches interdisziplinär interkulturelle Themen in der Medizin vermittelt. Auch wird aktuell einer

Fachstelle für interkulturelle Schulungen in der Medizin entwickelt und aufgebaut.

## **Politische Teilhabe**

### **Politische Teilhabe für migrierte Frauen und deren Nachkommen**

- 1. Sind Sie für Parität und Diversität in den Parlamenten? Falls ja, wie wollen Sie die Parität und Diversität im Parlament erreichen?**
- 2. Wie positionieren Sie sich zur Forderung nach verpflichtender geschlechtergerechter und diverser Besetzung der Wahllisten von Parteien?**

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet:

Für uns als CDU mit einem christlichen Menschenbild als Kompass ist es wichtig in der Mitte der Gesellschaft zu sein und allen Gruppen der Gesellschaft ein politisches Angebot zu unterbreiten. Ein Aspekt dieses Angebots ist es, die Gesellschaft in unserer Mitgliedschaft auch möglichst repräsentativ abzubilden. Wir wollen, dass Menschen jeden Geschlechts, jeder Altersgruppe, jeder Berufsgruppe, jeder Religion und jedes Bildungsabschlusses ihre politische Heimat in der CDU finden, sofern sie mit unseren Grundwerten übereinstimmen.

Im Hinblick auf den Anteil von Frauen in der Mitgliedschaft wie auch in Ämtern, Funktionen und Mandaten bilden wir leider noch nicht die gesellschaftliche Wirklichkeit ab. Wir wollen daher deutlich mehr Frauen für die CDU gewinnen und wir wollen, dass mehr Frauen innerhalb der CDU wie auch in den Parlamenten, Landratsämtern und Rathäusern Verantwortung tragen. Wir werden deshalb große Schritte gehen, um den Anteil von Frauen in unserer Mitgliedschaft und unter unseren Amts- und Mandatsträgern zu erhöhen. Nur so gleichen wir unsere Mitgliederstruktur der gesellschaftlichen

Wirklichkeit an und binden das Wissen, die Erfahrung und die Sichtweisen von Frauen noch besser in unsere Parteiarbeit ein. Darüber hinaus haben wir 2022, um die Repräsentation von Frauen in den Entscheidungsgremien der Partei zu steigern, die Frauenquote eingeführt.

Ein Parlament sollte die Vielfalt und Vielseitigkeit der Bevölkerung widerspiegeln, die es repräsentiert. Im Idealfall setzt es sich aus Menschen der verschiedenen Regionen des Landes, unterschiedlichen ethnische Gruppen, Geschlechtern und sozialen Schichten zusammen, damit die Breite der Bevölkerung angemessen vertreten ist.

Dies kann aber nur gelingen, wenn entsprechende Personen sich politisch engagieren und zur Wahl stellen – nicht durch starre Quote, die im Übrigen auch verfassungswidrig wären.

**3. Welche Fördermaßnahmen für die politische Teilhabe von migrierten Frauen & deren Nachkommen haben Sie geplant? Welche interkulturellen Öffnungsprozesse in Institutionen erarbeiten Sie?**

Die Integration von Menschen aus allen Teilen der Welt, die hier eine Bleibeperspektive haben, ist eine politische Schlüsselaufgabe und Voraussetzung für unser Zusammenleben. Wir machen jedem Menschen ein klares Angebot, in Hessen eine Heimat zu finden. Wir wollen Menschen mit Migrationsgeschichte ansprechen und mitnehmen. Integration ist eine gesamtgesellschaftspolitische Aufgabe. Daher laden wir jeden ein, sich bei uns politisch zu engagieren, sofern sie oder er mit unseren Grundwerten übereinstimmt.

Daher haben wir als CDU Hessen Zukunftsforum "Gesellschaft Hessen" gestartet. Menschen, die sich hier heimisch fühlen, die mit unserem Land

verbunden sind und es durch ihre Arbeit und ihren täglichen Einsatz für die Gesellschaft aufwerten, begreift die CDU Hessen als Bereicherung und wir wollen gemeinsam besprechen, wie wir all denjenigen, die unsere Grundwerte teilen, dieses Gefühl stärker als bisher vermitteln können.

**4. Wie stehen Sie zum uneingeschränkten Wahlrecht für alle? Wollen Sie sich für ein uneingeschränktes Wahlrecht auf Kommunal- / Landesebene für alle ab einer bestimmten Aufenthaltsdauer (z. B. 2 Jahre) einsetzen?**

Nach Artikel 20 des Grundgesetzes ist das aus den deutschen Staatsangehörigen gebildete Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland Träger und Subjekt der Staatsgewalt. Voraussetzung für das Wahlrecht ist folglich die Eigenschaft als Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes – dies hat auch das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich hervorgehoben. Wir werben darum, dass Menschen, die sich integriert haben und sich zu diesem Land als neuer Heimat bekennen, Deutsche werden – mit allen Rechten und Pflichten.

## **Intersektionale Gleichstellungspolitik**

- 1. Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um Angestellte im öffentlichen Dienst in den Ausländerbehörden, im Jobcenter, usw. für das Thema intersektionale Diskriminierung zu sensibilisieren?**
- 2. Wie planen Sie, das Thema Antirassismus in der Gleichstellungspolitik stärker einzubinden?**

Wir setzen uns ohne Wenn und Aber für eine offene Gesellschaft ein und beziehen klar Position gegen alle, die sich gegen diese offene Gesellschaft positionieren. Deshalb treten wir jeder Form der Diskriminierung, insbesondere gegenüber Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität, ihrer Weltanschauung, ihrer Behinderung, Ihres Alters, Ihrer Religion oder ihrer kulturellen Herkunft entschieden entgegen.

Die CDU Hessen steht für Respekt und Zusammenhalt. Wir wollen keine Ellenbogengesellschaft, sondern Zusammenhalt mit Respekt, Fairness und Solidarität. Wir wollen noch mehr Miteinander – auch im Alltag, an Bahnhöfen, in Bussen oder auf der Straße. Das ist von unschätzbarem Wert. Vielfalt und Internationalität gehört zu Hessen. Wir dulden keinen Rassismus und Diskriminierung. Jeglicher Form von Hass, Hetze und gruppenbezogener Diskriminierung – sei es im Internet, im öffentlichen Raum oder auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt – sagen wir den Kampf an.

Wir stehen für Toleranz – deshalb verfolgen wir eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Intoleranz. Respekt und gleiche Rechte für alle gehören zu den unverzichtbaren Voraussetzungen des Zusammenlebens. Dies fordern wir von allen ein und bekämpfen Radikalismus gleich aus welcher politischen oder religiösen Richtung.

In diesem Zusammenhang werden wir die hessische Antidiskriminierungsstrategie „Für Vielfalt, Akzeptanz und gesellschaftlichen Zusammenhalt“ umsetzen und die erfolgreich begonnenen Projekte fortführen. Die etablierte Antidiskriminierungsstelle und das

Beratungsnetzwerk Demokratiezentrum Hessen werden wir stärken und gemeinsam mit Partnern Prävention, Sensibilisierung, Beratung und Vernetzung weiter ausbauen, um rassistische Tendenzen zurückzudrängen

**3. Bis wann werden Sie alle bestehenden Gleichstellungsgesetze auf die Öffnung für intersektionale Diskriminierungstatbestände hin überprüft haben?**

Wir sagen jeder Diskriminierung den Kampf an. Das hessische Gleichstellungsgesetz ist Ausdruck dieses Ziels.

**4. Welche Ressourcen sehen Sie für Migrantinnenselbstorganisationen vor und wie wollen Sie diese im Bereich der Gleichstellung einbinden?**

An vielen Stellen leisten Ansprechpersonen oder -gremien der Frauenarbeit wertvolle Arbeit, um das allgemeine Ziel der Gleichberechtigung voranzubringen und vorhandene Ungleichheiten abzubauen. Die Förderung von Frauen und die Bekämpfung von Diskriminierung aller Art haben innerhalb der CDU-geführten Landesregierung breiten Raum eingenommen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Aufbauend auf dem hessischen Sozialbudget werden wir die sozialpolitischen Maßnahmen künftig in einem Zukunftsfonds „Hessen steht zusammen“ bündeln und auf 150 Millionen Euro erhöhen. Damit schaffen wir Verlässlichkeit, Planungs- und Zukunftssicherheit für die Menschen, Vereine und Verbände, die anderen Sicherheit und Hilfe geben. Davon können auch Migrantinnenselbstorganisationen profitieren.

## **Spezielle Fragen an die CDU**

### **1. Sie wollen einen Willkommensrahmen schaffen, der Hessen zum ersten Anlaufort für Fachkräfte aus dem Ausland macht. Wie wollen Sie das umsetzen?**

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist eine der größten Herausforderungen für den Erhalt unserer Wirtschaftskraft und unseres Wohlstandes und betrifft alle Länder und Branchen. Das Funktionieren der Wirtschaft ist davon abhängig, dass ausreichend Fachkräfte vorhanden sind. Wir begegnen dieser Herausforderung entschlossen und mit einer Vielzahl verschiedener Maßnahmen. Wir haben dabei alle Facetten im Blick – von der Ausbildung junger Menschen, über die Weiterbildung und bessere Vermittlung von Arbeitskräften bis hin zur Anwerbung und Gewinnung von Fachkräften aus dem In- und Ausland.

Wir zünden einen Turbo für mehr Beschäftigung, der Menschen in Arbeit bringt, qualifizierte Fachkräfte nach Hessen lockt und mit praxisnaher, moderner Weiterbildung neue Chancen für die Zukunft eröffnet. Unser Ziel sind Perspektiven für eine stabile Beschäftigung mit guten Löhnen für jede und jeden in Hessen. Dies gelingt durch eine Förderung, die wirksam hilft und vermittelt, aber auch Eigeninitiative einfordert.

Neben der Akquise der hier vorhandenen Arbeits- und Fachkräfte benötigt es auch eine bessere Anwerbung und Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland. Wir brauchen mehr Fachkräfte-Visa und eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Auch daran werden wir arbeiten – im Bundesrat und in Hessen selbst. Um mehr Fachkräfte aus dem Ausland nach Hessen zu holen, wollen wir eine echte "Fast Lane" für Fachkräfte in Hessen schaffen.

Um ausländischen Arbeitskräften auch einen besseren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, haben wir u.a. das Hessische Welcome-Center aufgebaut und die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen im Rahmen

des Hessischen Landesprogramms „WIR – Vielfalt und Teilhabe“ ins Leben gerufen. Diese Maßnahmen wollen wir fortführen und bedarfsgerecht ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass beim Bund eine neue Agentur für Einwanderung („Work-and Stay-Agentur“) geschaffen wird. Diese soll aktiv um Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt werben. Ihren Aufbau wollen wir aktiv unterstützen und mit hessischen Initiativen verzahnen. Durch eine klare Trennung der Fachkräfteeinwanderung von der Migration Schutzsuchender wollen wir Verfahren beschleunigen.

**2. Mit dem “Aktionsplan: Komm in die Pflege” wollen Sie mit den Kommunen und Arztpraxen eine Task Force Pflegepersonal einsetzen, die eine Personaloffensive umsetzt. Darin sollen auch der Ausbau von Ausbildungs- und Studienplätzen enthalten sein wie Förderprogramme zur Qualifizierung und die bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse.**

**Was sehen Sie für die Bekämpfung es Gender and Migration Pay Gaps in diesem Bereich vor?**

Unsere Ansatzpunkte zur Bekämpfung des Gender Pay Gaps beschränken wir nicht ausschließlich auf Pflege- und Gesundheitsberufe - sie sollten Wirkung für alle berufstätigen Frauen haben.

Zum Thema „Gender and Migration Pay Gap“ verweisen wir auf die Antworten in Teil 1.



**3. Sie wollen, dass jede\*r, die\*der hier in Hessen leben möchte, die deutsche Sprache lernt. Wie wollen Sie das für Frauen, insbesondere für migrierte und geflüchtete Frauen mit Kindern, umsetzen?**

Es besteht in Hessen ein breites Angebot an Sprachkursen, an denen migrierte und geflüchtete Frauen teilnehmen können. Neben ehrenamtlichen Angeboten und denen des Landes (Landesprogramm „MitSprache – Deutsch 4U“) sind insbesondere die Angebote des Bundes (Integrationskurse und Erstorientierungskurse) zu nennen.

Im Übrigen verweisen wir auf die Antworten in Teil 1.

**4. Die Einhaltung von Kontakt- und Annäherungsverboten wollen Sie mit elektronischen Fußfesseln überwachen. Wie positionieren sie sich zur Gewaltschutzanordnung für Frauen in Bezug zum Umgangs- und Sorgerecht und wie wollen sie ihre Position gesetzlich einbringen?**

Wir dulden keine Gewalt gegen Frauen und schnüren daher ein Frauen-Sicherheitspaket. In diesem Zusammenhange wollen wir zur Einhaltung von Kontakt- und Annäherungsverboten elektronische Fußfesseln für die Täter einsetzen, um diese zu überwachen. Dies ist ein Beitrag dafür, dass sich insbesondere Frauen in allen Lebenslagen sicher fühlen können.

Inwieweit diese Straftäter dann noch ein Umgangs- bzw. Sorgerecht für Ihre Kinder innehaben, muss individuell, im Zweifel vor Gericht geklärt werden, so wie dies auch jetzt schon der Fall ist. Hierbei steht immer das Wohl des Kindes im Mittelpunkt. Generell ist das Aussprechen eines Kontakt- und Näherungsverbots ein deutlicher Hinweis darauf, auch im Umgangs- und Sorgerecht mit Blick auf das Kindeswohl sehr restriktiv mit Umgangsrechten von Gewalttätern umzugehen. Ob auch für die Kinder ein Nahrungs- und

Kontaktverbot ausgesprochen wird, ist dabei im Einzelfall rechtlich zu bewerten. Wird ein Kontaktverbot gegenüber den Kindern ausgesprochen, kann auch dieses durch den Einsatz der Fußfessel effizienter umgesetzt werden.

## **Zusätzliche Fragen für Hessen**

### **Integrationsgesetz**

#### **5. Warum dauert es so lange, obwohl das Integrationsgesetz schon vor den letzten Landtagswahlen geplant wurde?**

##### **Was wollen Sie mit dem Integrationsgesetz erreichen?**

Wir haben am 22. März 2022 das „Gesetz zur Verbesserung der Integration und Teilhabe und zur Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt“ beschlossen, womit es dann auch in Kraft getreten ist.

Ziel des Gesetzes ist es einen Beitrag zur Verbesserung der chancengerechten Teilhabe und zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Gestaltung eines Zusammenlebens in Vielfalt, Respekt und Akzeptanz der vielfältigen Bedürfnisse zu leisten. Außerdem verankert es die bereits bestehenden integrationspolitischen Maßnahmen strukturell. Zudem werden Integrations- und Teilhabestrukturen durch die gesetzliche Verankerung nachhaltig gestärkt. Auch sollen Zugangs- und Teilhabebarrrieren, insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte, abgebaut werden, um so für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen.

## **Integration**

### **6. Wie definieren sie „erfolgreiche“ Integration? Wie sollte sich die Integrationspolitik in Deutschland ändern?**

Die Integration von Menschen aus allen Teilen der Welt, die hier eine Bleibeperspektive haben, ist eine politische Schlüsselaufgabe und Voraussetzung für unser Zusammenleben. Sie ist gleichermaßen Pflicht für die Aufnahmegesellschaft wie für die zu uns kommenden Menschen. Wir als CDU machen jedem Menschen ein klares Angebot, in Hessen eine Heimat zu finden.

Integration gelingt aus unserer Sicht immer dort, wo sich Menschen gegenseitig aufeinander einlassen.

Eine erfolgreiche Integration erfordert für uns die Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland. Dabei stehen wir für Fördern und Fordern, denn die Teilhabe aller Menschen am wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland ist gleichermaßen Ziel aller staatlichen Maßnahmen, wie eigenverantwortliche Aufgabe jedes Einzelnen.

Wir sind sicher: Sprache ist der Schlüssel! Wir wollen, dass jeder, der hier leben möchte, die deutsche Sprache lernt. Daher sehen wir auch verpflichtende Deutschkurse als zentrales Integrationsinstrument.

## **Staatsangehörigkeit**

### **7. Was ist Ihre Position zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes?**

Wir freuen uns über jeden, der sich zu unserer hessischen Heimat bekennt und dies mit einer Einbürgerung besiegeln will. Für uns steht die Einbürgerung am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses und ist

mit einem festen Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unseren Werten verbunden. An der Integrationsleistung und der Rechtstreue eines Einbürgerungsbewerbers darf es keine Zweifel geben. Nur wer sich zu diesem Land bekennt, seine Sprache beherrscht und unsere Werte lebt, kann erfolgreich eingebürgert werden.

Wir sind aber der Auffassung, dass man staatsbürgerliche Loyalität grundsätzlich nicht teilen sollte. Die generelle Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit lehnen wir daher weiterhin bewusst ab. Wir stehen zu dem historischen Kompromiss, der zu Beginn des Jahrtausends im Staatsbürgerschaftsrecht parteiübergreifend in Deutschland vereinbart wurde und lehnen die aktuellen Ampel-Pläne ausdrücklich ab, die von der Verkürzung der Aufenthaltsfristen bis zur Absenkung der Anforderungen an Sprache und Integrationsgrad reichen.

### **Probleme bei Verfahren**

**8. Es ist bekannt, dass die Bearbeitung der Anträge viel Zeit beansprucht. Nach dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz könnte es zu einem Anstieg der Anträge kommen. Wie planen Sie die Aktualisierung des Verfahrens zum Einbürgerungsprozess? Wird z.B. mehr Personal für die Antragsbearbeitung eingestellt?**

Die Annahme und Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen ist Aufgabe der Kommunen und kreisfreien Städte im Rahmen ihrer verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung. Daher können wir als CDU Hessen keine Aussagen dazu treffen, ob geplant ist, mehr Personal für die Antragsbearbeitung anzustellen.